

Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Erscheinung
täglich Nachmittags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Freispiegel“ 5 Pfg. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 M. — Durch den Briefträger 1.40 Mart.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: **Graf Junke**, Aue (Erzgebirge).
Redaktion u. Expedition: **Aue**, Marktstraße.

Inserate
die einseitige Zeitspalt 10 Pfg., amliche Inserate die Corpus-Beile 25 Pfg., die Namen pro Zeile 20 Pfg. Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größeren Inseraten u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Alle Buchhaltungen und Bandbriefträger nehmen Bestellungen an.

Nr. 86

Sonnabend, den 24. Juni 1899.

12. Jahrgang.

Auerthal-Zeitung

erscheint

jetzt täglich,

kostet

pro Monat

nur 20 Pfennige.

Deutscher Reichstag

98. Sitzung vom 21. Juni, 1 Uhr.

Eingegangen ist die Vorlage betr. Vertagung des Reichstages bis zum 14. November.

L. O.: Erneute 3. Lesung der Vorlage betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich. — Die Kommission beantragt nunmehr, die Vorlage unverändert in der Fassung der 2. Lesung zu genehmigen. — Die Vorlage wird nach kurzer Debatte fast einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Nachtragssets bezüglich des Erwerbs der Karolinen, sowie des Handelsabkommens mit Spanien (Weistbegünstigung).

Staatssekretär v. Bülow führt aus, die deutsche Regierung habe die Hoffnung, daß der neue Besitz den alten Besitz fördere, entwicklungsfähiger und ergiebiger machen werde. Gerieten die Karolinen in andere Hände, so würde das nicht nur die politische Zukunft unseres Südpazifiks gefährden, sondern auch handelspolitisch, wirtschaftlich keine vernünftigen, welche der Entwicklung fähig seien. Die Karolineninseln, Marianen, Palauinseln seien ebenso wie Ostasien Glieder einer Kette. Bedenklich sei, daß das Handelsabkommen mit Spanien, ein halbes Jahr über den allgemeinen Termin der jetzigen Verträge hinausläufe.

Abg. Lieber (Str.) äußert seine Genugthuung darüber, daß bei dem Kaufvertrage jeder Eindruck vermieden worden sei, als hätte Deutschland sich die gebückte Lage Spaniens zu Nutze gemacht. Erfreulich sei auch, daß die Cortes die Sache so rasch erledigten.

Unterstaatssekretär v. Nitschhofen beschwichtigt das vom Vorredner geäußerte Bedenken damit, daß auch unsere Abkommen mit Frankreich und Japan um ein halbes Jahr über Ende 1903 hinausläufen; unsere Tariffreiheit darüber hinaus werde jedenfalls nicht beeinträchtigt.

Abg. Gasse (nl.) stimmt im Namen seiner Partei der Vorlage zu, desgleichen Abg. Graf Kanitz (kons) Abg. Wiemer (Str. Bp.) lehnt den geforderten Betrag ab, weil die Inseln irgend welchen Gegenwert für 17 Millionen nicht böden.

Staatssekretär v. Bülow entgegnet dem Vorredner, daß unsere hervorragendsten Seeoffiziere günstig über die Karolinen und Marianen urteilten. Er bitte das Haus, nicht noch in letzter Stunde dem Erwerb der Inseln Schwierigkeiten zu bereiten. Uebrigens habe er, Redner, die Rede des Abg. Wiemer schon vorher in Gestalt von Artikeln der „Freis. Ztg.“ nach Madrid telegraphiert, wo sie die Annahme der Vorlage durch die Cortes beschleunigte. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Arnim (Rp.) betont die nationale Bedeutung des Erwerbs der Inseln.

Abg. Dieblich (Soz.) erklärt sich entschieden gegen die Vorlage. Wenn je ein thörichtes Wort gesprochen worden sei, so sei es das Wort: „Unsere Zukunft auf dem Wasser!“ Die Kolonialpolitik liegt der Regierung habe uns lächerlich und verächtlich gemacht. (Präs. Graf v. Ballestrem ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Redner fortfahrend: Die Sozialdemokraten seien Gegner dieser Kolonialpolitik, welche zusammenhängt mit

der ganzen Politik des Deutschen Reiches, die weiter nichts sei als ein Zuchthauskurs.

Abg. Baasche (nl.) wendet sich zunächst gegen die Uebertreibung, daß das Deutsche Reich weiter nichts als ein Zuchthaus sei und tritt dann für die Vorlage ein.

Abg. Schrader (Str. Bp.) stimmt für die Vorlage. Ueber den positiven Wert der Inseln lasse sich schwer genau aburteilen. Für ihn und seine Freunde sei entscheidend, daß es sich hier um eine große politische Aktion unserer Regierung handele, die in jeder Beziehung für uns von hohem Wert sein dürfte.

Abg. Deinhard (nl.) begrüßt das Handelsabkommen mit Freuden.

Abg. Roeside-Kaiserlautern (Bd. d. L.) hegt Bedenken wegen der Weineinfuhr.

Abg. Lieber (Str.) wünscht Mitteilung darüber, daß auch der Jesuitenorden auf den Karolinen zugelassen werde.

Staatssekretär v. Bülow erklärt, daß das Jesuitengesetz für die Karolinen, wie überhaupt für die Schutzgebiete nicht gelte.

Damit endet die Debatte. — Der Nachtragsetat wie das Handelsabkommen werden gleich in 2. Lesung genehmigt.

Abdahn wird die Beratung des Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowsky tritt einer Reihe am Dienstag gefallener Aeußerungen entgegen. Das Gesetz sei in der vorliegenden Fassung von den verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen worden. (Hört! Hört!) Bei der Zusammenstellung der Denkschrift sei ganz unparteiisch verfahren worden. (Nachen links.) Ueber die Thatsachen seien die unparteiischen Organe der Staatsbehörden gehört worden. (Nachen belächler links.) Die terroristisch die Streitenden seien, beweise ein ihm von vertrauenswerter Seite zugegangenes Schreiben, wonach der Terrorismus sich sogar auf die Schule, die Kinder der nicht Streitenden erstrecke. (Rufe: Wo?) Er werde dies angeben, sobald er von der sofort angeordneten Ermittlung das Ergebnis erfahre.

Abg. Roeside-Deffau (wilibl.) beklagt, daß der Bundesrat die Vorlage einstimmig beschlossen habe. Bisher habe man doch annehmen müssen, daß wenigstens einzelne Regierungen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hätten. Die freisinnige Vereinigung sei durchaus Gegner der Vorlage, welche der erste Schritt sei zur jänlichen Untergrabung der Koalitionsfreiheit, zugleich aber ein Schlag ins Gesicht des Reichstages, der schon wiederholt die Ausgestaltung des Koalitionsrechts gefordert habe.

Minister Dresfeld protestiert dagegen, daß hier gegen den konstitutionellen Gebrauch verstoßen und der Kaiser in die Debatte gezogen würde. Man solle sich an den verantwortlichen Reichskanzler wenden.

Präsident Graf v. Ballestrem bemerkt: Der Bundesratsbevollmächtigte und preußische Minister Dresfeld hat beim Beginn seiner Rede es für angemessen gehalten, die Aeußerung eines Abgeordneten, welche ich bereits rektifiziert habe, nochmals zu rektifizieren. Das ist ein Verfahren, welches bis jetzt bei Mitgliedern des Bundesrates nicht üblich gewesen ist. Dieses Verfahren ist geeignet, die Stellung des Präsidenten dem Hause gegenüber herabzumindern und zu erschweren. (Unhaltende lebhafter Bravo.)

Minister Dresfeld erklärt, es habe ihm durchaus fern gelegen, die Stellung des Präsidenten herabzusetzen.

Abg. Gaußmann (Lübb. Bp.) bekämpft die Vorlage. Deutschland brauche nicht mehr Zuchthaus sondern mehr Freiheit, nicht mehr Urteile, sondern mehr Urteile! (Beifall.)

Abg. v. Carlinski (Pole) spricht gegen die Vorlage, ebenso Abg. Winterer (Wf.)

Darauf vertagt sich das Haus. Der Präsident

teilt noch mit, daß Abg. Brobbel sein Mandat niedergelegt habe.

Heute 11 Uhr: Vertagungsvorlage, Fortsetzung der Debatte über die Vorlage betr. Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses und 3. Lesung der Karolinenvorlage.

Schluß 5³/₄ Uhr.

Aus aller Welt.

* Berlin, 22. Juni. Um den Maitrestreit zu beseitigen, wird, nachdem beide Parteien ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, am Sonnabend das Gewerbegericht als Einigungsamt zusammenzutreten.

* Berlin, 22. Juni. Der „Reichsdüngler“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach welcher demnächst neue Reichsstaatspässe zu fünfzig Mark ausgegeben werden.

* Berlin, 22. Juni. Gestern Abend fand unter zahlreicher Beteiligung ein Bismarck-Konkret der deutschen Studentenschaft statt. An den Kaiser wurde ein Guldigungstelegramm, an den Fürsten Bismarck ein Begrüßungstelegramm gerichtet. Der Rektor der technischen Hochschule hielt die Festrede.

* Die Ausweklungen aus Nordschleswig nehmen immer größeren Umfang an. In Schottbüll und Umgegend wurden 15 Knechte und Mägde angewiesen, weil sie selbst oder ihre Dienstherrn an einem Fest jenseits der Grenze teilgenommen hatten.

* Nach Beendigung der Herbstmanöver tritt nach dem „Berl. Tzbl.“ ein Wechsel im Oberkommando des heimischen Panzergeschwaders ein. Der bisherige Chef, Vizeadmiral Thomsen, übernimmt ein Landkommando und geht nach Berlin.

* Eine Lohnbewegung ist unter den Bergarbeitern im Braunkohlengebiete Weisensfeld-Bezirk ausgebrochen. Der größte Teil der Arbeiter will in den Ausstand eintreten, wenn ihre Forderung auf eine zehnprozent. Lohnerhöhung nicht bewilligt wird.

* Die Stellungnahme Deutschlands in der Schiedsgerichtsfrage auf der Friedenskonferenz steht noch aus und wird zum Teil von dem Ergebnis der ruhig weiter tagenden Schiedsgerichtsbekanntmachungskommission abhängig gemacht. Die Einwilligung in das obligatorische Schiedsgericht dürfte aber schon jetzt als ausgeschlossen erachtet werden.

* Die schlimme Lage der Amerikaner auf den Philippinen scheint nun auch die Kriegsverwaltung in Washington nicht länger mehr vertuschen zu können; sie hat beschlossen, 15 000 Freiwillige unter die Waffen zu rufen.

* Die Pariser Zeitungen sind wieder einmal voll von Betrachtungen anlässlich der Verhaftung eines angeblich deutschen Spionens: Stenney in Havre. Die deutsche Botschaft ersuchte um Mitwirkung von Einzelheiten der Verhaftung.

* Die französische Deputiertenkammer beschloß trotz des Widerspruches der äußersten Linken mit 382 gegen 176 Stimmen, sich bis zum Montag zu vertagen. Die Mehrheit der Kammer hofft offenbar, daß die Ministerkrisis bis dahin ihr Ende gefunden hat.

* Die Mission Bourgeois, auf die man so große Hoffnungen setzte, ist gescheitert. Der radikale Volksgoiz wollte ehrlich mit der Dreyfusaffäre aufkommen, weil nur so wieder dauernd Ordnung in die permorrene innerpolitische Lage gebracht werden kann, aber hier versagten die von ihm zu Mitarbeitern ausersehenen Männer.

* Paris, 22. Juni. Trotz seines lebhaften Wunsches, möglichst bald nach dem Haag zurückzukehren, beschloß Bourgeois, zur Verfügun des Präsidenten in Paris zu bleiben.

* Paris, 22. Juni. In den Wandelgängen der Deputiertenkammer wurde gestern Abend spät verifiziert, Delcassé habe das Ersuchen, ein neues Kabinett zu bilden, abgelehnt. Bourgeois habe Waldeck-Rousseau dringend ersucht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

* Paris, 22. Juni. Der Dampfer „Sfax“ mit Dreyfus an Bord hat Dienstag Abend Cap Verde passiert. In West herrscht oblige Ungewißheit.